



Gedanken zur Abwehr des Propagandakrieges auf deutschem Boden

von Christian Nitsche

Sehr geehrter Herr Sinner, sehr geehrter Herr Freller, verehrtes Publikum,

Nachrichtenjournalisten wie ich haben ausgeprägte Schutzreflexe: Spitzen wir bei einer Überschrift ungerechtfertigt zu? Halten wir ausreichend Distanz zu einem Thema? Wenn die Überschrift lautet „Gedanken zur Abwehr des Propagandakrieges auf deutschem Boden“, dann stellen sich zunächst journalistische Fragezeichen. Befindet sich Deutschland im Krieg? Und sei es ein Propagandakrieg? Ist solches Militärvokabular gerechtfertigt? Ich habe mich dennoch bewusst für diese Überschrift entschieden. Denn wir erleben tatsächlich die Qualität einer Auseinandersetzung, die nicht nur unsere Rolle in der NATO neudefiniert, sondern das Fundament unserer Demokratie angreift.

Worüber wir reden müssen, ist nicht allein die Beeinflussung der öffentlichen Meinung im virtuellem Raum, es geht nicht nur um Bots und einzelne facebook-Gruppen oder Telegramm-Chats. Wir reden auch nicht nur über die Gefahr von Hackerangriffen auf die kritische Infrastruktur. Es geht um die tiefgreifende Beeinflussung unserer Gesellschaft über ein ganzes Bündel an Maßnahmen. Und wenn man all diese Maßnahmen als unterschiedliche Waffen klassifizieren möchte, dann kann man tatsächlich zusammengekommen von einem Informationskrieg sprechen.

Und dessen Ziel ist das Scheitern der Demokratie. Mehr noch: Es geht um Destabilisierung auf europäischer Ebene. Nehmen wir die Stichwahl in Frankreich. Sage und schreibe über 41 Prozent der Stimmen erhielt die rechtsnationale Politikerin Marine Le Pen, eine Antieuropäerin und Putin-Begeisterte, die 2017 Kredite einer russischen Bank in Anspruch nahm. Die Wählerschaft in Frankreich sei volatil, hieß es einige Tage vor der Wahl. Man fühlte sich beim Lesen solcher Zeilen in die Romanwelt von Michel Houellebecq versetzt. Eine europäische Atommacht also auf dem Weg ins Putin-Lager? Nun, der Bruch der deutsch-französische Achse wurde abgewendet. Aber so weit hat es Putin schon gebracht. Dass sich Le Pen aus den Kommandostrukturen der NATO zurückziehen möchte, war im Wahlkampf kein dominierendes Thema. Gewählt wurde zwar nicht Le Pen, aber davor in Ungarn erneut Viktor Orban, der von seinen Kritikern im EU-Parlament schon als „Putins Sprecher in der EU“ bezeichnet wurde.

Europa steht mit seinen Werten auf wackeligen Füßen. Und Deutschland ist schon lange anfällig für Putins Propaganda. Ich habe zurückgeblättert in das Jahr der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim, also 2014. Ich war Chefredakteur von Tagesschau und Tagesthemen und schrieb zum Ende des Jahres in einem Tagesschau-Blog: „Sich abschätzig als Putin-Versteher bezeichnen zu lassen, fassen viele nicht mehr als Beleidigung auf.“

2014 ging RT deutsch an den Start. Pegida feierte Erfolge. Der Ukraine-On-Off-Krieg wurde immer häufiger als hinzunehmendes Faktum dargestellt. 51% der Menschen konnten nach einer ARD-Umfrage Ende 2014 nachvollziehen, dass sich Russland vom Westen bedroht sieht. Wohlgemerkt, alles nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim. Und noch eine Veränderung war 2014 schon erkennbar: Die FAZ am Sonntag schrieb: „Irgendetwas scheint am Kippen. Es beunruhigt, dass es immer mehr Menschen gibt, die von der Politik nichts mehr erwarten und Politiker verachten.“ Aus Politikverdrossenheit wurde Politikverachtung.

Seit damals sehen wir zwei Linien: Zum einen Desinformation bezogen auf ein spezielles Thema: Putin, Flüchtlinge, Corona. Zum anderen eine allgemeine Verunglimpfung von Politikern, Verfassungsorganen und Qualitätsmedien. Beide Tendenzen haben Gewicht, weil schon die jahrelange Wiederholung falscher Behauptungen einen Effekt hat. Wir sehen auch eine Radikalisierung: Politiker werden angegriffen, Journalisten attackiert. Nach einer vorläufigen Statistik des BKA hat sich zwischen 2017 und 2021 die Zahl der Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger fast verdreifacht. Rainer Wendt, der Chef der Polizeigewerkschaft sagt: „Anschläge auf Parteibüros und besonders lokale Politiker gibt es in Deutschland mittlerweile fast täglich.“

Die Straftaten mit politischem Hintergrund erreichten im vergangenen Jahr den höchsten Wert seit 20 Jahren. Und der Hass auf Medien erreichte 2021 einen Negativrekord: Es gab 83 gewaltsame Angriffe auf Medienschaffende. 75% fanden im Umfeld von Demonstrationen von Gegnern der Corona-Maßnahmen statt (Quelle ECPMF).

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass sich 60% der Teilnehmer an solchen Demos nicht eindeutig einem politischen Lager zuordnen ließen. Entfaltet Desinformation also längst quer durch alle Schichten ihre Wirkung? Bei Corona scheint das bislang noch mehr der Fall zu sein als beim Thema Ukraine. 15 Prozent der Bürger sagten Ende April, die Reaktion der Bundesregierung auf den russischen Einmarsch in die Ukraine geht zu weit. Dabei handelte es sich hauptsächlich um AfD-Anhänger. 15 Prozent, ein überschaubarer Wert, könnte man meinen. Aber wir hatten, wie erwähnt, vor ein paar Jahren auch schon ein ganz anderes Stimmungsbild. Daraus lese ich, dass sich in außenpolitischen Fragen die Stimmung durchaus schnell drehen kann, weil hier vielen die eigene Einschätzungsmöglichkeit fehlt.

Propaganda versucht Gewissheiten zu zerstören und Instabilität zu erzeugen. Wir haben während der Corona-Pandemie erlebt, wie wissenschaftliche Erkenntnis geleugnet wurde. Erfolgreich wurden die einzig verfügbaren Hilfsmittel, die Impfstoffe, umgedeutet in gefährliche Substanzen, mit denen den Menschen angeblich 5G-Nano-Chips implantiert werden. Es gab Warnungen vor einer neuen Weltordnung, den „Great Reset“. Solche Erzählungen, mit denen soziale Netzwerke geflutet wurden, haben viele verunsichert. Chats dieser Art bilden für viele sogar eine neue Heimat. Ganze Kommunikationswelten kapseln sich ab, sind von klassischen Medien kaum noch zu erreichen. Diese Zirkel benötigen immer neues Futter: Jetzt wird hier der russische Angriffskrieg in der Ukraine umgedeutet. Die Falschmeldungen, die zunächst auf Telegram geteilt wurden, verbreiten sich längst stark in anderen Sozialen Medien. Wir haben bei BR24 schon im März ermittelt, dass der Großteil der bekannten Querdenker und Verschwörungstheoretiker sich pro Putin positioniert hat. Wir sehen also eine weitere Radikalisierung: Es geht nicht nur um eine Viruserkrankung, also im Grunde eine Naturkatastrophe, sondern jetzt wird das kriegerische Handeln eines russischen Machthabers gerechtfertigt. Die NATO und die USA sind in diesen Foren die eigentlichen Aggressoren, nicht Putin. Theorien, die der Kreml oder das russische Staatsfernsehen verbreiteten, werden oft eins zu eins aufgegriffen und weiterverbreitet.

Zu diesem Ergebnis kommt auch Prof. Michael Butter, Experte für Verschwörungsideologien an der Universität Tübingen. Auch Schlüsselwörter wie „Weltverschwörung“ wurden mit Beginn des Angriffskrieges häufiger verwendet. Laut Prof. Butter bauen Verschwörung Anhänger im Baukastenprinzip neue Ereignisse in ihren Irrglauben ein. Sie sehen darin die „neueste Strategie der Mächtigen, dunkle Ziele durchzusetzen.“

Auch der Chef der EU-Taskforce gegen Falschinformation Lutz Güllner hat die Taktik der russischen Desinformationskampagnen analysiert. Russland ging sehr systematisch vor: Die Ukraine soll in die Nähe eines Nazi-Staates gerückt werden. Der Terminus Nazi wurde weit vor dem Angriff in sozialen Netzwerken aufgebaut, so Güllner. Seine Nennung verfünffachte sich von Anfang Januar bis zum Kriegsbeginn. Auch schon 2021 war dieses Phänomen in staatseigenen und staatsnahen Medien erkennbar. Das Fazit Güllners: „Hier haben staatliche Stellen in Moskau versucht, ein Narrativ zu setzen.“

Der Kreml hat Informationen zur Waffe gemacht, heißt es aus der EU-Kommission. Die EU geht davon aus, dass sich Russland seine Auslandspropaganda im vergangenen Jahr 1,2 Milliarden Euro kosten ließ. Das Instrumentarium reiche von den bekannten Staatssendern bis hin zu falschen Identitäten in sozialen Netzwerken. Seit der Abschaltung der Sender RT und Sputnik in Europa konzentriert sich Russland laut Verfassungsschutz stärker auf die Webseiten seiner Botschaften. Und Russland findet weiter Unterstützer: Anhänger von Verschwörungstheorien lassen die Followerzahlen Kreml-naher Kanäle explodieren. Und es scheint so, dass die Coronaleugner-Szene gezielt in diese Richtung gesteuert wurde. Russische Staatsmedien sind seit langem eine wichtige Quelle für die Szene. RT deutsch war in der ersten Woche des Krieges die zentrale Informationsquelle des Milieus. Prof. Butter sieht sogar einen langfristigen Pingpong-Effekt: Aus den russlandfreundlichen Mahnwachen im Jahr 2014 sei eine Szene hervorgegangen, die zur Pandemie Verschwörungstheorien verbreitet hat und nun wieder zum Thema Ukraine zurückkehre.

Wir sehen letztlich ein Ineinandergreifen eigentlich ganz unterschiedlicher Themenbereiche. Beide Gruppierungen, Coronaleugner und Putinanhänger, haben ein ähnliches Feindbild: Der Westen, seine Regierungen, seine angeblich gekauften Wissenschaftler und Medien, das demokratische System als solches mit seinen Institutionen, das mitwirke an einer bedrohlichen Weltordnung. Es werden gezielt Ängste geschürt, die Menschen zum Handeln aktivieren sollen. Wenn die Emotion die Ratio überwältigt, bekommen Ideologien Selbsterhaltungskraft.

Wenn sich Zehntausende, vielleicht Hunderttausende emotionalisieren lassen, sich bedroht fühlen, haben wir eine ernstzunehmende Entwicklung. Ich habe schon vor Monaten gewarnt, dass sich aus der Verschwörungsecke auch terroristische Tendenzen entwickeln können. Leider hat sich diese Sorge bestätigt: Sie kennen die Meldungen der zurückliegenden Tage. Teilnehmer an der Telegram-Chatgruppe "Vereinte Patrioten" haben Sprengstoffanschläge und andere schwere Gewalttaten vorbereitet. Ihr Ziel war laut Ermittlern, bürgerkriegsähnliche Zustände zu verursachen und schließlich das demokratische System in Deutschland zu stürzen. Bundesinnenministerin Nancy Faeser sprach von einer "schwerwiegenden terroristischen Bedrohung". Bewaffnete Reichsbürger und radikalisierte Corona-Leugner verbinde ein grenzenloser Hass auf die Demokratie, auf den Staat und auf Menschen, die für das Gemeinwesen eintreten.

Umsturzphantasien auf Telegramm hat der BR im Dezember auch bei der bayerischen AfD aufgedeckt. In einer geschlossenen Telegram-Gruppe wird von „regierenden Verbrechern“ gesprochen. Es fällt der Satz: "Ohne Umsturz und Revolution erreichen wir hier keinen Kurswechsel mehr." Wahlen würden „ohnehin nicht mehr“ helfen.

Eine AfD-Landtagsabgeordnete antwortet: „Denke, dass wir ohne Bürgerkrieg aus dieser Nummer nicht mehr rauskommen werden.“ In der Chatgruppe befand sich die Mehrzahl der AfD-Abgeordneten und Landesvorstände. Die Nachrichten stammen aus dem Zeitraum von Ende 2017 bis Mitte 2021. Auch eine interessante Erkenntnis: Die Corona-Pandemie sollte dazu genutzt werden, Impfskeptiker für die Partei zu gewinnen. In der AfD wird tatsächlich immer wieder von "Impfdiktatur" und "Impfapartheid" gesprochen. Zugleich übernehmen AfD-Abgeordnete Inhalte aus der russischen Staatspropaganda. Immerhin erreicht die AfD in Umfragen bundesweit 11 Prozent, was angesichts der extremen Tendenzen erheblich ist. Zum Vergleich: Die FPD liegt bei 9 Prozent.

Die Radikalisierung der Sprache auch im politischen Diskurs bleibt nicht ohne Wirkung. Was in einer ohnehin schon in zwei Lager gespaltenen Gesellschaft passieren kann, haben wir in Amerika gesehen. Ein Präsident vermittelt eine Amtszeit lang, Fakten gelten nicht, nur seine eigene Wahrheit. 2018 sagte Steve Bannon, der eine Zeit lang Strategieberater von Donald Trump war: „The Democrats don't matter. The real opposition is the media. And the way to deal with them is to flood the zone with shit.“ Wenn man also den gesamten Medienbereich mit Dreck flutet, kommt man zum Ziel. Am Ende dieser ganzen Entwicklung stand der Sturm aufs Kapitol.

Wolfgang Blau, der frühere Chefredakteur von Zeit online und Mitbegründer des "Oxford Climate Journalism Network" hat es schon 2020 auf den Münchner Medientagen auf den Punkt gebracht: Populisten wie Trump gehe es nicht nur darum, Wahres als unwahr zu verdrehen: „Es geht ihnen um sehr viel mehr. Und zwar darum, die Bedeutung, den gesellschaftlichen Wert von Wahrheit an sich aufzulösen.“

Wir sehen Ähnliches bei Putin. Der britische Journalist und Buchautor Peter Pomerantsev sagt, Putins Propagandastrategie zielt auf das Narrativ, dass die Wahrheit ohnehin nicht zu identifizieren ist. Und deshalb brauche es starke Führer wie ihn, die durch diese ungewisse Zeit hindurchführen. Mit 83 Prozent hatte Putin in Russland laut Statista im März die höchsten Zustimmungswerte seit 4 Jahren erreicht. Es gibt aber auch Zweifel, ob solche Umfragen belastbar sind. Aber trotzdem ist zu konstatieren: Wir sehen seit Jahren keine Gegenbewegung zu Putin in relevanter Größe.

Die Frage ist: Wo stehen wir in Europa, wenn Populisten versuchen, ein ganzes Wertesystem zu zerschlagen und damit auch die Rechenschaftspflicht, für das Gesagte geradestehen. Wir sollten daran arbeiten, dass es nicht zu einer kommunikativen Lagerbildung wie in Amerika kommt. Das Forum für die Debatte darf nicht wegbrechen. Allerdings tun sich klassische Medien schwer, ihre wichtige Rolle im Diskurs fortzuführen. Sie sind bekanntlich keine Gatekeeper mehr. Überall stehen die Türen offen, darunter auch viele Falltüren. Außerdem hat das Reuters Institute for the Study of Journalism erhoben, dass es ein breites Phänomen der Nachrichtenvermeidung gibt. Festgestellt wurde dies zum Beispiel im Kontext der Pandemie. 20 bis 25 Prozent der Briten sind Nachrichten hierzu über lange Phasen bewusst aus dem Weg gegangen.

Soweit die Problemanalyse. Was also tun, um all den genannten Entwicklungen zu begegnen und die gezielte Propaganda in unserem Umfeld abzuwehren?

Erstens: Es braucht allgemein mehr Aufmerksamkeit für die Thematik. Das haben wir sicher alle erkannt.

Zweitens: Es braucht bekannte und akzeptierte Qualitätssiegel für Qualitätsmedien. Welche Medien sind wie einzuordnen?

Ein Orientierungsrahmen ist wichtig, gerade wenn man im Internet überfallen wird von einer Flut an Informationen. Wissen über Qualitätsmedien muss auch schon in der Schule vermittelt werden.

Damit kommen wir zu Drittens: Bildung ist ein ganz zentrales Instrument: Wir brauchen gerade jetzt in der Schule ganz unabhängig vom starren Lehrplan einen konzentrierten Unterricht zur europäischen Geschichte, zur Staatlichkeit der Ukraine, zur politischen Lage in Russland, zu den Merkmalen einer Demokratie im Unterschied zu autoritären und diktatorischen Systemen. Wir müssen genau erklären, was allgemeine, unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahlen sind. Es fehlt oft schon am Basiswissen, in allen Altersgruppen.

Viertens: Natürlich müssen wir auch noch viel besser erklären, was eigentlich Wissenschaft ausmacht. Es fehlt die Kenntnis von grundlegenden Prozessen, zum Beispiel dass wissenschaftliche Erkenntnis über Forschungsarbeiten sich fortentwickelt. Das ist nicht nur vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie wichtig, sondern auch weil uns natürlich sehr schnell das Thema Klimawandel wieder einholen wird. Der Ukraine-Krieg hat einen Betäubungseffekt auf andere Themen. Aber der große Clash of Information wird in den nächsten Jahren beim Thema Klimaschutz stattfinden.

Fünftens: Wir brauchen gezieltes fact checking. Noch zu wenige Medien haben dies als eigenes Ressort implementiert. Informationen werden in der Regel im Rahmen der regulären Berichterstattung geprüft. Ohne eine eigene Einheit, deren einzige Aufgabe es ist, Informationen zu prüfen und unmittelbar Desinformation zu entlarfen, werden wir der Gefahr nicht gerecht. Zu groß sind die Investments nicht wohlgesonnener Staaten in die Destabilisierung demokratischer Systeme. Zur Verifizierung von Bildmaterial habe ich schon vor Jahren ein Network der öffentlich-rechtlichen Sender in Europa angestoßen. Und vielleicht haben Sie die BR24-App und kennen auch das Format „faktenfuchs“. Dahinter steht ein Team, das täglich 440 Millionen Quellen im Internet scannt und sehr früh Entwicklungen aufdeckt. Das Team kommt zu dem Schluss, dass das "Gift der Desinformation" in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist.

Sechstens: Es geht nicht allein um fact checking. Wir stoßen auch hier an Limits. Denn bereits abgekapselte Gruppen erreicht man so nicht, man verhindert höchstens ein Abdriften noch größerer Schichten. Wenn man kommunikativ in die Bereiche polarisierter Skeptiker bzw. Journalismusverweigerer vorstoßen will, brauchen wir Unterstützung aus der Psychologie und Motivationsforschung. Warum?

Schauen wir uns kurz die Wirkungsweise von Propaganda an: Sie hat immer das Ziel, Menschen nicht nur zu verunsichern oder zu überzeugen, sondern sie völlig emotional zu vereinnahmen. Wie lauten die letzten Zeilen in George Orwells Buch „1984“: „Aber jetzt war es gut, es war alles in Ordnung, der Kampf war zu Ende. Er hatte sich selbst überwunden. Er liebte den Großen Bruder.“ Die Emotion siegt über die Ratio. Deswegen muss auch bei den Emotionen angesetzt werden, wenn man Propaganda bekämpfen will. Was sind die Learnings für Medienhäuser: Wir erreichen Menschen in abgekapselten Fake-News-Welten sicher nicht, indem wir sie abwerten. Wir müssen zeigen, dass wir auch ihnen zuhören können. Es braucht zunächst Dialogbereitschaft. Es geht nicht um Zustimmung zu abstrusen Thesen, es geht um Kontakt. Wir können nicht alle zurückholen, das wird nicht gelingen. Aber einen Teil womöglich schon. Entscheidend ist letztlich, dass man verunsicherte Menschen dazu bewegen kann, rauszugehen aus Chats, die ständig neue Unwahrheiten verbreiten. Wir entwickeln beim BR gerade Format-Ansätze, um Menschen letztlich zum Verlassen des Lügengebäudes zu motivieren. Geben wir niemanden verloren. Dies käme einer Kapitulation gleich.

Siebtens: Wir können nicht allein auf die Wirkkraft der Medien vertrauen. Die Flut der Falschinformationen ist zu groß.

Und die Professionalität der Propaganda steigt. Ein starker Staat ist nötig, der Genehmigungen entzieht, wenn Kommunikationsplattformen sich als Propagandainstrumente entpuppen. Wie wir am Freitag lesen konnten, koordinieren Putin-Propagandisten über die Plattform Telegram Troll-Attacken auf deutsche und europäische Spitzenpolitiker, aber auch auf Journalisten. Jetzt sind wir gespannt, ob Elon Musk auf Twitter Fake-News künftig Raum lassen will. Internet-Plattformen müssen doch ihrer Verantwortung gerecht werden. Sie müssen falsche bzw. aggressive-propagandistische Nachrichten herausfiltern. Es braucht hier eine kluge Regulierung. Immerhin hat sich am Wochenende endlich die EU auf ein Digital-Gesetz gegen Hass und Hetze geeinigt. Den „Digital Services Act“ (DSA). Internetkonzerne müssen künftig schneller Hassreden, Desinformation oder Kriegspropaganda entfernen. Entscheidend wird allerdings sein, wie das in der Praxis umgesetzt und staatlich kontrolliert wird.

Achtens: Wenn es schon so weit gekommen ist, dass wir terroristische Aktivitäten in Deutschland sehen, dann müssen unsere Behörden ertüchtigt werden, Gefährder noch schneller zu entdecken. Ganz entscheidend ist letztlich auch, dass die Justiz konsequent gegen Desinformation, Verleumdung und Hetze vorgeht.

Kommen wir zu Neuntens: Können wir dabei zusehen, wie sich andere Regierungen und letztlich auch Gesellschaften über gezielte Propaganda radikalisieren? Ich meine, demokratische Staaten und NGOs müssen aktiv im Ausland solchen Tendenzen entgegenwirken. Es braucht ein großes Bündel an Maßnahmen, das beginnt schon bei deutschen Schulen, umfasst Stiftungen im Ausland, es geht um die finanzielle Unterstützung von Zivilgesellschaft und um vieles mehr. Es fordert eine aktive Außenpolitik. Auch die Deutsche Welle hat mit ihren fremdsprachigen Programmen im Ausland eine wichtige Rolle und sichert indirekt auch unsere Demokratie.

Zehntens und letztens: Auch eine florierende Volkswirtschaft sichert die Stabilität einer Demokratie. Die Frage ist aber, in welcher Weise wir Einkommen erwirtschaften. Ist jeder Staat, unabhängig von dessen Absichten, ein guter Handelspartner? Müssen wir angesichts der russischen Invasion erkennen, dass „Wandel durch Handel“ ein Slogan ist, der in die Irre führen kann? Gibt es Handelspartner, von denen wir uns ebenso wie von Russland abhängig gemacht haben? Staaten, die Demokratien ablösen und das Völkerrecht abändern wollen?

Wenn wir also darüber sprechen, wie wir Deutschland vor Propaganda und Instabilität schützen können, dann müssen wir auch prüfen, welche Form des Außenhandels uns langfristig hilft. Fragen wir uns mit welcher Währung wir zahlen? Mit Euro? Oder mit Freiheit?

Soweit ein paar Gedanken, vor welchen Herausforderungen wir stehen. Wir erleben Propaganda, Polarisierung, Entgrenzung, Gewaltverharmlosung und Gewaltanwendung, im Großen wie im Kleinen. Viel bemüht wird in diesen Tage der Begriff der „Zeitenwende“. Der Begriff vernebelt in seiner Allgemeinheit, dass wir sehr wohl Entwicklungen hätten voraussehen können. Nicht nur die Zeit hat sich geändert, sondern vor allem unsere Aufmerksamkeit. Natürlich muss die sicherheitspolitische Debatte dauerhaft raus aus dem Schatten der Innenpolitik. Wir sehen: Vor jedem Krieg steht Propaganda. Wir brauchen ein Frühwarnsystem der Narrative. Seien wir achtsam, was Worte betrifft. Nicht nur bei Putin!